

### **3'200 Franken mehr bezahlen und erst noch kalt duschen? Nein Danke!**

**Am 21. Mai 2017 stimmen wir über das neue Energiegesetz ab. Das überparteiliche Komitee gegen das Energiegesetz hat heute die Kampagne und Beweggründe für ein NEIN vor den Medien in Bern vorgestellt. Dieses Gesetz führt zu 3'200 Franken Mehrkosten für einen vierköpfigen Haushalt - pro Jahr. Der Energieverbrauch von uns allen ist praktisch zu halbieren. Das trifft nebst Mehrkosten jede und jeden im Alltag über immer neue Verbote und staatlichen Zwang zur Einschränkung. Auf den Punkt gebracht: 3'200 Franken mehr bezahlen und erst noch kalt duschen? Nein Danke.**

43% weniger Energie sollen wir bis ins Jahr 2035 gegenüber dem Jahr 2000 pro Kopf und Jahr verbrauchen – so steht es wortwörtlich im neuen Energiegesetz.

Art. 3, Absatz 1

Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 eine Senkung von 16 Prozent bis zum Jahr 2020 und eine Senkung um 43 Prozent bis zum Jahr 2035 anzustreben.

Dies kann nur mit staatlicher Umerziehung, Lenkungsmaßnahmen, teureren Energiepreisen und neuen Vorschriften erreicht werden. Neue Verbrauchsvorschriften zwingen Bürger und Unternehmen teure Geräte, Installationen und Anlagen zu kaufen. Ölheizungen sollen nach Vorstellung des Bundesrates ab 2029 verboten werden (CO<sub>2</sub>-Gesetz). Das Autofahren wird stark verteuert werden und schlussendlich ist es nur ein kleiner Schritt zu Konsumverboten und staatlichen Umerziehungsmassnahmen. Im Art. 55, Abs. 3 des Energiegesetzes wird der Bundesrat bei nicht Erreichen der Ziele beauftragt, weitere Massnahmen zu ergreifen.

### **200 Milliarden für den Totalumbau der Energieversorgung der Schweiz**

Zudem sollen wir tief in die Tasche greifen, um den staatlich verordneten Umbau der Energieversorgung zu finanzieren. Das Energiegesetz und die zugrunde liegende Energiestrategie kosten in den nächsten gut 30 Jahren rund 200 Milliarden Franken<sup>1</sup>. Jemand muss das bezahlen: Búezer, Konsumenten, Mieter, Hausbesitzer, Autofahrer, Arbeitnehmer und Unternehmer, alle werden zur Kasse gebeten. Insbesondere den Mittelstand wird es einmal mehr voll treffen. Umgerechnet auf einen Haushalt mit vier Personen sind dies jährlich 3'200 Franken höhere Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren. Auch Gewerbe und Industrie werden durch höhere Energiekosten und ausufernde Bürokratie massiv belastet. Der Tourismus, der Handel und die

---

<sup>1</sup> Die Kosten von rund 200 Milliarden für die Umsetzung der Energiestrategie sind wie folgt belegt:

- Bundesrat in seiner Botschaft vom 4.9.2013 (S. 161ff)
- Studie unabhängige Forscher (Oekonomen) Borner/Schips:  
[http://www.iwsb.ch/studien/IWSB\\_Energiestrategie\\_2050.pdf](http://www.iwsb.ch/studien/IWSB_Energiestrategie_2050.pdf)
- VSE Wege in die neue Stromzukunft – Gesamtbericht 2012, S. 95, Tabelle 8.2 plus Botschaft zum Verfassungsartikel über ein Klima- und Energielenkungssystem (KELS), Tabelle 2, S. 7897
- Long Term Evolution of the Swiss Electricity System under a European Electricity Market (S. 173ff):  
<http://e-collection.library.ethz.ch/eserv/eth:48940/eth-48940-02.pdf>

## **MEDIENMITTEILUNG vom 6. April 2017**

---

Handwerksbetriebe spüren zudem sofort, wenn ein vierköpfiger Haushalt pro Jahr 3'200 Franken weniger Geld für den Konsum zur Verfügung hat oder sich keine Ferien mehr leisten kann.

### **Versorgungssicherheit nicht gefährden**

Die Schweiz hat heute eine bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung mit Strom, Öl, Gas, Benzin und Holz. Der Totalumbau der Energieversorgung führt zu Zentralismus und Planwirtschaft, die Versorgungssicherheit wird gefährdet. So soll unsere stete Stromproduktion (sogenannte Bandenergie) gemäss Energiestrategie 2050 zu einem erheblichen Teil durch volatil erzeugte neue erneuerbare Energiequellen (Photovoltaik, Windräder und weitere) ersetzt werden. Diese liefern nur dann Strom, wenn die Sonne scheint oder der Wind bläst. Gerade im Winterhalbjahr, wenn der Strombedarf am grössten ist, führt die Energiestrategie zu mehr Auslandsabhängigkeit und zu Stromengpässen. Zudem wird insbesondere mit den geplanten über 1000 Windrädern unsere schöne Landschaft verschandelt.

**Aus all diesen Gründen lehnt das überparteiliche Komitee das Energiegesetz ab und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 21. Mai 2017 an der Urne ein NEIN einzulegen.**

---

**Für mehr Informationen: Co-Präsidenten Überparteiliches Komitee gegen Energiegesetz**

**[www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch)**

Nationalrat Toni Brunner, Kampagnenleiter SVP (SG): 071 993 16 04 / tonibrunner@bluewin.ch

Nationalrätin Doris Fiala: 079 611 84 17

Nationalrat Benoît Genecand, FDP (GE): 076 422 28 64

Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse: 079 675 42 20

Andri Silberschmidt, Präsident Jungfreisinnige Schweiz: 079 367 58 31

Benjamin Fischer, Präsident JSVP Schweiz: 079 394 13 37